

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

48. Jahrgang.

N 111.

Donnerstag, den 19. September

1901.

Auf dem die Actiengesellschaft unter der Firma **Schönheider Bürsten-Fabrik Actiengesellschaft** vormals **F. L. Lenk, Schönheide (Erzgebirge)** betreffenden Blatte 135 des Handelsregisters für den hiesigen Landbezirk ist heute eingetragen worden, daß der Gesellschaftsvertrag vom 8. November 1899 und 8. Januar 1900 durch Beschluß der Generalversammlung vom 25. Juli 1901 laut gerichtlichem Protokoll von demselben Tage **abgeändert** worden ist.

Eibenstock, den 11. September 1901.

Königliches Amtsgericht.

19.

Der Zarenbesuch in Frankreich.

Bei den wachsenden Republikanismen in Frankreich hat angesichts der bevorstehenden Ankunft des Zaren in Dänkirchen die Zarenbegeisterung ihren Siedepunkt erreicht. Soll doch dieser Besuch Zeugnis davon ablegen, daß die europäische Politik Rußlands seit mehr als 10 Jahren im Wesentlichen in den gleichen Bahnen geblieben ist und daß der bald nach der Abkehr des Fürsten Bismarck zwischen der westlichen und östlichen Macht des festländischen Europa abgeschlossene Bundesvertrag noch immer zu Recht besteht. Es ist also weder neu noch überraschend, was in Compiegne oder Reims verkündigt werden wird, und darüber dürfte kein Zweifel bestehen, die Festlichkeiten, die Ehren- und Ergebenheitsbezeugungen auf der einen, die Günst- und Gnadenbeweise auf der anderen Seite werden die einzigen „Ereignisse“ im Verlaufe des Zarenbesuches sein, wenigstens soweit die finanzielle Seite aus dem Spiele bleibt. Daß diese den Angelpunkt des russisch-französischen Bündnisses bildet, wird zwar von beiden Theilen bestritten oder offiziell nicht anerkannt, ist aber nicht-destoweniger eine Thatsache, über deren realen Charakter am wenigsten in den beteiligten beiden Ländern ein Zweifel bestehen dürfte.

Und der Ueberzeugung wird sich kein unbefangener Urtheilender verschließen können, daß eben nur auf finanzieller Grundlage ein Einverständnis zwischen beiden Staaten angestrebt, daß nur unter Zugrundelegung eines Verhältnisses, in welchem der „gebende“ Theil ganz sicher Frankreich ist, der Abschluß eines Allianzvertrages erreicht werden konnte. Stehen doch sonst beide Völker sich innerlich fremd gegenüber, verkörpern doch beide Länder einen Gegensatz der staatlichen Entwicklung und Einrichtung, wie derselbe schärfer kaum gedacht werden kann. Rußlands politische Interessen liegen auf einem wesentlich anderen Gebiet, als man in Frankreich hofft und wünschen möchte. Rußlands Ausfuhr nach Frankreich ist seit Jahren im Steigen begriffen; aber von dem französischen Ausfuhrmarkt führt nur ein schmaler Steg in die weiten Gebiete des russischen Reiches. Es ist von Interesse, diese Gegensätze etwas näher zu beleuchten, um in den Augen deutscher Leser die Begegnung von Compiegne derjenigen Bedeutung zu entleiden, die ihr gegenwärtig von der germanischen französischen Presse mit allem Aufwand von Schönfärberei und unwürdigen Ergebenheits-Verfälschungen beigegeben wird.

Frankreich hat sich dem Republikanismus zugewandt, in Rußland besteht der absolute Monarchismus. Rußland ist stetig geblieben in seiner Politik, der inneren wie der äußeren, es hat sich stets aller abenteuerlichen, seinen Aufgaben fern liegenden Unternehmungen enthalten, und das neue Jahrhundert sieht Kaiser Nikolaus klaren Auges, sicheren Schrittes die Bahn seiner Vorgänger vorwärts schreiten. In Frankreich dagegen eine von Fall zu Fall handelnde, auf die Popularität einzelner berechnete Augenblickspolitik. Nur in einem Punkte hat Frankreichs Politik Stetigkeit, in seinen Revolutionen für Sadowa und Sedan. Und dieses nationale Phantom, dieses Verlangen, das nie stirbt, hat Rußland geschickt benutzt, um Frankreich zu einem Bündnis zu bringen, das in jeder Beziehung der russischen Politik förderlich ist. Auch den Franzosen hat es bisher keinen finanziellen Schaden gebracht, insofern als Rußland ja die Zinsen für seine Anleihen pünktlich bezahlt. So weit ist also, wie man zu sagen pflegt, die Sache in Ordnung. Beide Theile finden ihre Rechnung bei diesem gegenseitigen Verhältnis. Frankreich wahr, wenn auch unter schweren Opfern, sein Ansehen und Schmeichelei sich, in der russischen Freundschaft einen vollständigen Ersatz für seine bedenklich erschütterte nationale Bedeutung zu besitzen. Rußland findet in Frankreich den leistungsfähigen Markt für die Anleihen, deren es zur Durchführung seiner wirtschaftspolitischen Aufgaben bedarf. Und, man muß offen zugestehen, auch für Deutschland hat das Bündnis sein Gutes, wenigstens so lange die deutsche Politik getreu den Bismarckschen Traditionen ihre guten Beziehungen zu Rußland pflegt und dadurch letzteres gewissermaßen verpflichtet, die Franzosen von den Abenteuern und Wagnissen eines Angriffskrieges gegen Deutschland zurückzuhalten. Deutschland hat also nicht die geringste Ursache, den Zarenbesuch in Frankreich mit scheelen Blicken zu betrachten.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. In seiner Begrüßungsrede in Danzig sagte Kaiser Wilhelm u. A.: „Ich komme leben von der hochbedeutenden Begegnung mit meinem Freunde, dem Kaiser von Rußland, welche zu Unfer beider vollsten Zufriedenheit verlaufen ist und durch welche hinwiederum die Lieberzeugung un-

erschütterlich befestigt wird, daß für lange Zeiten der europäische Friede für die Dauer des gegenwärtigen Aufenthaltes des Monarchen in Westpreußen zwischen Berlin und Danzig eingerichtet worden. Es sind ständig zwei Posturire unterwegs, von denen der eine mit dem Nachschneidzuge aus Berlin abfährt und Morgens in Danzig eintrifft, während ein zweiter Posturir von Danzig ebenfalls Abends abreist und über Dirschau mit den erledigten Regierungssachen Morgens die Reichshauptstadt erreicht.“

— Ein regelmäßiger Posturirdienst für den Kaiser ist für die Dauer des gegenwärtigen Aufenthaltes des Monarchen in Westpreußen zwischen Berlin und Danzig eingerichtet worden. Es sind ständig zwei Posturire unterwegs, von denen der eine mit dem Nachschneidzuge aus Berlin abfährt und Morgens in Danzig eintrifft, während ein zweiter Posturir von Danzig ebenfalls Abends abreist und über Dirschau mit den erledigten Regierungssachen Morgens die Reichshauptstadt erreicht.

— Prinz Heinrich von Preußen ist zum Admiral ernannt worden.

— Den ihr zugeordneten Besuch des Söhneprinzen hat auch die gegenwärtig in Meiningen weilende Gemahlin des Freiherrn v. Ketteler abgelehnt.

— Die kgl. sächsische Regierung hat den Versuch gemacht, eine einheitliche Regelung des Ausstellungswesens für das Gebiet des Deutschen Reiches durch Abkommen zwischen den Einzelregierungen herbeizuführen. Sie arbeitete einen Entwurf allgemeiner Bestimmungen aus über die Zuteilung von Auszeichnungen, die Veranstaltung von Lotterien, die Festung finanzieller Sicherheit, die Bildung von Preisgerichten u. s. w. Ein Artikel bestimmt, daß der Verkauf von Rauschwaren und Massenartikeln verboten ist und nur Bestellungen auf die Waaren entgegengenommen werden dürfen. Bei zweifelhaften Ausstellungen soll die Gewährung von Ausnahmestellen für die Ausstellungszeit und die Ausstellungsbesucher seitens der Eisenbahnverwaltungen zu unterliegen sein. Das sächsische Ministerium des Innern hat sich zu diesen Vorschlägen im befürwortenden Sinne ausgesprochen, sich jedoch eine Prüfung der mitgetheilten Einzelbestimmungen bis nach Anhörung der in Betracht kommenden Stellen vorbehalten.

— Frankreich. Die Nachricht, daß Kaiser Nikolaus nicht nach Paris komme, hat einen förmlichen Wuthausfall bei den Nationalisten hervorgerufen, der vielleicht nur simulirt wird, um, wenn der Besuch in der Hauptstadt dennoch stattfindet, die Sache so zu wenden, als wenn Kaiser Nikolaus sich dazu im letzten Augenblick entschlossen hätte, um den Wuth der Nationalisten zu beschwichtigen. Diese hätten alsdann einen billigen Triumph errungen. Borerst klingen aus dem nationallistischen Organen dem Kaiserlichen Hof wenig freundliche Töne entgegen. So schreibt Cassagnac in der „Autorité“: „Ich habe den Muth, es zu sagen, das Russenbündnis nützt uns nicht nur nichts, kommt uns nicht nur fürchtbar theuer zu stehen, sondern drückt und verurtheilt uns zu ewigem Verzicht. Dieses Bündnis sollte uns nach unserer Meinung die verlorenen Provinzen wiedergeben. Seine Wirkung ist im Gegentheil, daß es uns verbietet, jemals wieder an sie zu denken. Wenn dem aber so ist, dann hätten wir es gar nicht nötig, gegen Deutschland geschützt zu sein, das nur die Erhaltung des bestehenden Zustandes wünscht, und man hat da Recht, sich belommenen Herzens zu fragen, ob das deutsche Bündnis, so lästerlich dies auch zunächst scheinen mag, für uns nicht vortheilhafter gewesen wäre. Um Deutschland zu sagen, daß wir auf Elb-Verträgen verzichten, dazu brauchen wir Rußland nicht.“

— Paris, 17. Septbr. Aus Dänkirchen wird schlechtes Wetter gemeldet. Falls der hohe Seegang, der von der Küste gemeldet wird, anhält, wird die Begrüßung zwischen dem Zaren und Louis, die auf hoher See geplant ist, unmöglich. Leubet begrüßt dann den Zaren am Landungsquai, wodurch eine Verpätung der übrigen Empfangsfeierlichkeiten wahrscheinlich wird.

— Aus Athen einem rheinischen Blatte zugegangenen Meldungen zufolge versichern dortige diplomatische Kreise, die französische Regierung habe angeordnet, daß bei einer Verschärfung des Streites mit der Türkei die Insel Rhodos alsbald besetzt werde, um diese bis zur völligen Genugthuung seitens der Pforte zu behalten. Die englische Regierung habe mit dieser Forderung sehr ernst gerechnet und bereits dem britischen Mittelmeer-Geschwader bestimmte Befehle erteilt, damit dieses sofort bei einer weiter nördlich gelegenen Insel des Ägäischen Meeres vor Anker gehe und die Insel Chios oder Thafos als Ausgleichsobjekt besetze. — Angeht die Sprache der nationallistischen Organe erhebt es nicht ausgeschlossen, daß die Pariser Regierung, um der von jenen aufgereizten öffentlichen Meinung entgegenzukommen, sich zu einem derartigen Schritt bewegen läßt.

— Rußland. Der russischen Presse ist durch den

Bekanntmachung.

Zur Verhütung von Mißbrauch wird bekannt gegeben, daß dem Dienstmädchen **Minna Frieda Glyher** an Stelle eines verloren gegangenen Gesindezeugnißbuches, ausgestellt von unterzeichnetem Stadtrathe am 17. November 1894 unter Nr. 35, ein **neues Gesindezeugnißbuch** ausgefertigt worden ist.
Eibenstock, den 12. September 1901.

Der Rath der Stadt.

J. B.: Justizrath Landrod.

Lpm.

Senor eine Verfügung der Regierungsbehörde zur Kenntniß gebracht worden, wonach über den Aufenthalt Nikolaus II. in Deutschland und Frankreich nur berichtet werden darf auf Grund 1) der Mittheilungen der russischen Telegraphen-Agentur, 2) des „Regierungs-Anzeigers“, 3) auf Grund von Privatnachrichten oder Zeitungen, aber nur in dem Fall, daß die betreffenden Berichterstatter ihre Berichte vorher der Reichsanlei des Zaren an Ort und Stelle vorgelegt haben. Letztere Bestimmung ist außergewöhnlich. Die französische Regierung hat infolgedessen den Vertretern der russischen Blätter nur in Ausnahmefällen Karten zu den verschiedenen Veranstaltungen während des kaiserlichen Aufenthaltes in Frankreich zur Verfügung gestellt.

— Nordamerika. Buffalo, 16. September. In einer gestern stattgehabten Konferenz der Minister und hier anwesenden Freunde legte Präsident Roosevelt seine politischen Ansichten dar. Die Politik Roosevelts weicht hiernach in keinem Punkte von der Mac Kinleys ab. Auch Roosevelt ist für eine weitergehende Reziprozität beim Kauf und Verkauf der Güter, so daß über den Ueberschuß der Production der Vereinigten Staaten auf Grund billiger Abmachungen mit den fremden Ländern in zufriedenstellender Weise verfügt werden kann. Roosevelt ist ferner für das völlige Aufheben eines Handelskrieges gegen die übrigen Länder, für Abschließung von Reziprozitäts-Verträgen und die Abschaffung solcher Zölle, die nicht weiter für das Staatseinkommen nöthig sind, natürlich unter der Bedingung, daß durch die Abschaffung dieser Zölle die amerikanische Industrie und Arbeit nicht beeinträchtigt wird. Es sollen ferner nach dem Programm Roosevelts direkte Schiffsahrts-Linien zwischen den Vereinigten Staaten und den beiden Küsten von Süd- und Zentralamerika geschaffen werden, es soll die Handelsmarine ermuntert und Schiffe gebaut werden, und zwar mit amerikanischem Gelde, welche Amerikanern gehören, unter amerikanischer Flagge fahren und amerikanische Mannschaft führen. Der Isthmus-Kanal soll sobald wie möglich fertig gestellt und ein der amerikanischen Regierung gehörendes Kabel gelegt werden, welches das Mutterland mit den auswärtigen Besitzungen verbindet. Roosevelt ist auch für eine schiedsgerichtliche Erledigung aller Streitigkeiten mit den fremden Nationen, um einen Krieg zu vermeiden, auch er will, daß die Ersparnisse des Volkes, die in den Banken niedergelegt sind, und andere Arten von Depots durch Wahrung des kommerziellen Gedeihens des Landes und Ernennung von Männern nur von höchster Integrität zu Vertrauensstellungen geschickt werden.

— China. Peking, 17. September. Heute zogen die chinesischen Truppen hier wieder ein. Zugleich fand die Uebergabe der „verbotenen Stadt“ an die chinesische Behörde durch Amerikaner und Japaner statt.

— Afrika. In Sidafrika hat die Reichsenergie Proclamation mit einem schmachvollen Misserfolg tatsächlich geendet, wie es erfahrene Kenner der Buren gleich voraussagten und wie es aus Kundgebungen der Burenführer unzweifelhaft hervorging. Die Engländer begannen das auch einzusehen, nur der 15. September vorüber und der Krieg noch keineswegs zu Ende ist. Im Gegentheil wird an allen Enden und Ecken des ausgedehnten Kriegstheaters lebhafter denn je gekämpft.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Dresden. Wie bereits erwähnt, wird dem Landtage so gleich bei seinem Zusammentritt eine Regierungsbeilage zugehen, betreffend die durch die erhöhten Staatsbedürfnisse nothwendig gewordene Steuerreform. Dem Vernehmen der „Dresdener Nachrichten“ zufolge wird die Steuerreform darin gipfeln, daß einmal eine veränderte Progression, der Einkommensteuer und zum Anderen die Einführung einer Vermögenssteuer wieder vorgeschlagen wird. Die letztere ist aber in einer durchaus anderen Form gedacht, als nach früheren Vorlagen. In Verbindung hiermit dürfte die staatliche Grundsteuer in Wegfall kommen. Die Mehrerträge der erhöhten Einkommensteuer werden auf ca. 7 bis 8 Millionen, die der Vermögenssteuer auf 5 bis 6 Mill. Mark geschätzt. In der Annahme, daß die auf solcher Basis geschaffene Vorlage die Zustimmung der Kammern findet, dürfte die seit Langem angestrebte Wohnungsgeldzulage für die Staatsbeamten gesichert sein und andererseits könnte von einer Erhebung von Steuerzuschlägen, wie solche bei einer langen Verzögerung einer Steuerreform unerlässlich wären, abgesehen werden.

— Leipzig, 16. September. Viel besprochen wird jetzt in Gastwirthskreisen hier der Umstand, daß das Polizeiamt für die Schankwirthschaften mit Kellnerinnenbedienung die Polizeistunde auf 11 bezw. 12 Uhr Nachts festzusetzen gedankt, während für die Schankwirthschaften mit Kellnerbedienung über-